

Micha Brumlik

Postkolonialer Antisemitismus?

Achille Mbembe, die palästinensische
BDS-Bewegung und andere Aufreger

VSA:



Micha Brumlik
Postkolonialer Antisemitismus?

Micha Brumlik wurde 1947 als Kind deutscher jüdischer Eltern in der Schweiz geboren und lebt seit 1952 in der Bundesrepublik Deutschland. Er studierte Philosophie und Pädagogik in Jerusalem und Frankfurt a.M. Von 2000 bis 2013 war er Professor für Theorien der Bildung und Erziehung und von 2000 bis 2005 Direktor des Fritz Bauer Instituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust in Frankfurt a.M. Er publiziert u.a. zur Geschichte des Judentums und zeitgenössischen jüdischen Themen und ist Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«.

Micha Brumlik

Postkolonialer Antisemitismus?

Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung
und andere Aufreger

Bestandsaufnahme einer Diskussion

2. durchgesehene, korrigierte und ergänzte Auflage 2022
© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Israelis und Palästinenser trugen im Februar 2004 während einer Kundgebung an der Mauer im Dorf Abu Dis im arabischen Ost-Jerusalem die Fahnen der jeweils anderen und demonstrierten so gegen ein umstrittenes Bauprojekt der israelischen Regierung (Foto: Jim Hollander/picture alliance/dpa).

Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH Leck
ISBN 978-3-96488-154-0

Inhalt

Kapitel 1	
Vorbemerkung: Ein zweiter Historikerstreit?!	7
Kapitel 2	
Die BDS-Bewegung und ihre Geschichte	15
Kapitel 3	
Das Jüdische Museum Berlin und seine Ausstellung »Welcome to Jerusalem«	29
Kapitel 4	
Achille Mbembe, die Angriffe auf ihn und sein Werk	43
Kapitel 5	
Der transatlantische Sklavenhandel, das Entstehen des modernen Rassismus und die Genealogie der Massenvernichtung	59
Wolfgang Reinhard's Blick auf die Kolonisierten	59
Immanuel Kant als Rasetheoretiker?	63
Georg Wilhelm Friedrich Hegels Haltung zur Sklaverei und zu Schwarzen	67
Kolonialismus, Rassismus und (moderner) Antisemitismus	72
Exkurs Genozid	86
Kapitel 6	
Zionismus und postkoloniale Kritik	95
Exkurs: Wladimir Zeev Jabotinsky	112
Noch einmal: Ist der Zionismus ein Kolonialismus?	117
Kapitel 7	
Warum die Kritik an israelischer Politik besonders erregt	129
Epilog	
»Multidirektionales Erinnern«	134
Postskriptum	139
Postskriptum 2: Ist Israel ein Apartheidsstaat?	148
Literatur	152

Kapitel 1

Vorbemerkung: Ein zweiter Historikerstreit?!

»Woran erkenne ich«, so die Autorin Karin Wetterau im ersten Kapitel »Neuer Antisemitismus – ein neuer Historikerstreit?« ihres im Herbst 2020 erschienenen Buches, »latenten, subtilen Antisemitismus, der vorliegt, keiner zu sein, und wie lässt er sich wirksam bekämpfen? Darüber«, so Wetterau weiter, »ist ein Streit entbrannt, der sich vor allem auf den sogenannten israelbezogenen oder antiisraelischen Antisemitismus fokussiert. Ausgehend von der Annahme, traditioneller Antisemitismus tarne sich derzeit vornehmlich als Kritik an Israel, geraten Kritiker:innen der israelischen Politik schnell unter Antisemitismusverdacht, während der traditionelle rechte und rechtsradikale Antisemitismus aus dem Blickfeld gerät.« (Wetterau 2020: 15f.)

Doch war Karin Wetterau nicht die Einzige, die einen Vergleich mit dem »Historikerstreit« zwischen Ernst Nolte und Jürgen Habermas anstellte. Das tat auch der im hier verhandelten Zusammenhang noch bedeutsam werdende US-amerikanische Holocaustforscher Michael Rothberg, der am 23. September 2020 unter anderem schrieb: »Ein Sprung ins Jahr 2020, und der intellektuelle und politische Kontext hat sich erneut dramatisch verändert. Obwohl das Holocaust-Gedenken seinen Status als Prüfstein der amerikanischen, israelischen, deutschen und europäischen politischen Kultur behalten hat, koexistiert es nun auf unbehagliche Weise mit einem neuen, globalen Rechtsruck. Der Brexit, die Wahl von Trump, der Aufstieg der AfD, die anhaltende Herrschaft Netanjahus über die israelische Politik und die offen revisionistischen Regierungen in Polen und Ungarn sind nur einige der jüngsten Erscheinungen, die zeigen, wie sehr sich der Kontext verändert hat, in dem wir heute über die Bedeutung der Vergangenheit nachdenken.« (Rothberg 2020a)

Die Debatte um die im Frühjahr 2020 unter anderem auch vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, unterstützte Ausladung des afrikanischen Philosophen Achille Mbembe von der ohnehin wegen Corona abgesagten Ruhrtriennale hat den deutschen Blätterwald in einer Art und Weise umgetrieben wie zuletzt nur im sogenannten Historikerstreit zwischen Jürgen Habermas und Ernst Nolte der Jahre 1986/87 (siehe dazu Piper 1987). Ging es damals um die Frage, ob und wie weit der Nationalsozialismus mitsamt der Judenvernichtung

eine verständliche Abwehrreaktion wider den »Bolschewismus« war, so geht es dieses Mal um Israel und den Zionismus. Genauer: Um die Frage, ob es zulässig ist, Israel und den Zionismus – zumal die mehr als 50 Jahre währende Besatzungsherrschaft im Westjordanland – als »kolonialistisch« zu bezeichnen, mehr noch: die Besatzungsherrschaft zur »Apartheid« und damit für rassistisch zu erklären.

Gegenwärtig – beim Abfassen dieser Zeilen im Frühjahr 2021 – haben Hunderte internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit guten Gründen eine Resolution gegen den ansonsten renommierten britischen Philosophen David Miller verfasst, da dieser den Zionismus grundsätzlich – von seinen Anfängen her – für rassistisch erklärt hat.¹ Eine in der Tat letzten Endes antisemitische Meinung.

Freilich war die Ausladung Mbembes im Frühjahr 2020 keineswegs der Höhepunkt der damaligen Debatte – im Oktober 2020, ein halbes Jahr später, ereignete sich in Berlin ein Vorfall, den sich so auch die pessimistischsten Beobachter nicht hatten vorstellen können. In Berlin-Weißensee residiert eine Kunsthochschule, an der auch Israelis – unter ihnen die Meisterschülerin Yehudith Yinhar – studieren, Studierende, das ist in diesem Fall von Bedeutung, die allesamt jüdisch sind. Aus Gründen und Motivlagen, auf die hier nicht weiter einzugehen ist, sind diese in Berlin lebenden jüdischen Studierenden zum Schluss gekommen, dass der Zionismus keine tragfähige Grundlage für die Zukunft des Staates Israel ist, weshalb sie auf einer Website einen Workshop zum Thema »School for Unlearning Zionism« anboten. Das wurde ihnen kurz nach Veröffentlichung von der Hochschulleitung unter Berufung auf den im Mai 2019 vom Deutschen Bundestag gefassten Anti-BDS-Beschluss (wonach BDS antisemitisch ist) untersagt (siehe Berliner Zeitung vom 11.10.2020). Ohne jede Rücksprache mit den Veranstaltern teilte Leonie Baumann, die Rektorin der Kunsthochschule, den Veranstaltern – Studierenden und Lehrenden der Kunsthochschule – mit, dass die Veranstaltung nicht stattfinden könne, sie von der Website der Hochschule getilgt, die Finanzierung gestrichen werde und daher die Verträge mit möglichen Referenten ungültig seien. Diese Maßnahme wurde sowohl

¹ Miller, D., We must resist Israel's War on British universities; electronicintifada.net/content/we-must-resist-israels-war-british-universities/32391 [Zugriff am 23.2.2021]. Dagegen: recentstatementsbyprofdauidmillerconcerningbristoluniversity.wordpress.com/?contact-form-id=8&contact-form-sent=584&contact-form-hash=2e2685b6e7aa33b90d3fecb14be08f2338d0a173&_wpnonce=3f71068e6a#contact-form-8

von dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen und früheren Vorsitzenden der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe Volker Beck (siehe Jüdische Allgemeine vom 9.10.2020) als auch von der israelischen Botschaft in Berlin unterstützt, handele es sich doch bei dem geplanten Programm um einen Fall von »umarmendem Antisemitismus« (Twitter Web App vom 9.10.2020, 12:59 Uhr).

Nicht zuletzt schloss sich dem die dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus gewidmete Amadeu Antonio Stiftung an (so Maximilian Kirstein am 9.10.2020 auf der Homepage der Stiftung) – und das, es muss noch einmal wiederholt werden, dem Umstand zum Trotz, dass Veranstalter und Referenten israelische Jüdinnen und Juden waren. Auf die irritierte Rückfrage verschiedener Leserinnen und Leser der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung – sie wiesen darauf hin, dass es sich ja um ein Projekt jüdischer Israelis handele – antwortete die Stiftung so:

»Wenn wir es richtig verstanden haben, bezieht sich Ihre Frage und Empörung vor allem auf die Nennung dieser Veranstaltungsreihe in einer Chronik mit neonazistischen und rechten antisemitischen Vorfällen. Chroniken vereinen zwangsläufig sehr unterschiedliche Ereignisse in zeitlich manchmal zufälliger Reihenfolge, die meist nur ein bestimmtes Merkmal teilen. Die Chronik antisemitischer Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung bildet also Fälle ab, die antisemitisch sind oder zumindest mit gutem Grund als antisemitisch bezeichnet werden können, auch wenn sie sich in Intensität, Reichweite, Akteur:innen, Ziel und Wirkung unterscheiden können. Dadurch werden Zusammenhänge und Verbindungslinien sichtbar, die wichtig sind, um das Phänomen zu dokumentieren und zu verstehen. Die Ereignisse werden damit aber nicht gleichgesetzt.

Was die Begründung unserer Einschätzung angeht, so berufen wir uns beim Führen der Chronik antisemitischer Vorfälle auf die Definition der IHRA, die unter anderem auch die Delegitimierung des Staates Israel sowie die Anwendung von Doppelstandards, die an Israel angelegt werden, als Antisemitismus einstuft. Die von vielen geteilte Kritik an der Veranstaltungsreihe »School for Unlearning Zionism« bezieht sich genau auf diese Argumentationsmuster, beispielsweise die einseitige Darstellung des Nahostkonflikts. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass nicht unbedingt die Motivation antisemitisch sein muss, die verwendeten Stereotype, Erzählungen und Fokussierungen allerdings genau so wirken. Einer Delegitimierung Israels wird hier Vorschub geleistet. Das ist insbesondere in Deutschland, ja in Berlin ein gefährliches Unterfangen, das unserer Meinung nach dokumentiert werden muss.

Mit vielen Grüßen das Team der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus«²

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist hier die Berufung auf die entsprechende Antisemitismusdefinition der IHRA (der International Holocaust Researchers Association), auf die im Folgenden noch einzugehen ist, die aber im Falle des oben dokumentierten Programms noch nicht einmal zutrifft – wird dem Staat Israel doch weder die Existenzberechtigung abgesprochen noch er gar mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Auf jeden Fall stellte die Kunsthochschule am 13. Oktober fest, dass sie lediglich die Finanzierung der geplanten Veranstaltung ablehnte, jedoch nicht in die akademische Freiheit der Lehrenden und Lernenden eingreifen wolle:

»Die weißensee kunsthochschule berlin hält sich an den Bundestagsbeschluss ›Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen‹ vom 15.5.2019 (veröffentlicht als Drucksache 19/10191) und an die Entschließung der Hochschulrektorenkonferenz-Mitgliederversammlung vom 19.11.2019 ›Kein Platz für Antisemitismus‹. Die besagte Veranstaltung wird nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert. Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten werden von den Lehrenden der weißensee kunsthochschule berlin selbstständig und in Eigenverantwortung im Rahmen ihrer Wissenschaftsfreiheit konzipiert und durchgeführt. Bestandteil wissenschaftlicher und künstlerischer Ausbildung ist die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Positionen. Seitens der Hochschule findet auch keine Überprüfung von Referent_innen hinsichtlich ihrer persönlichen oder politischen Einstellungen statt, die eingeladen werden.«³

Man bemerke, diese Erklärung bezieht sich darauf, dass der Deutsche Bundestag im Mai 2019 einen Beschluss gefasst hat, wonach die an vielen – vor allem angelsächsischen – Universitäten gut etablierte gewaltfreie palästinensische BDS-Bewegung als antisemitisch eingestuft wurde. Der Frage, ob und wie antisemitisch diese in Deutschland quantitativ zu vernachlässigende Bewegung tatsächlich ist, hat die Wochenzeitung Die ZEIT am 10. Juni 2020 auf den Seiten 43 und 44 unter dem Titel »Was ist BDS?« einen langen, differenzierten Artikel gewidmet, in dem sie auf die vor allem im linksliberalen Milieu herrschende Sympathie für diese Bewegung eingegangen ist. Freilich: Auch der ZEIT-Au-

² Ich danke Emily Dische-Becker für das Überlassen dieses Schreibens.

³ Stellungnahme zur Veranstaltung »School of Unlearning Zionism« in der Kunsthalle der weißensee kunsthochschule berlin/13.10.2020

tor Thomas E. Schmidt vermied es schließlich, die Frage eindeutig zu beantworten, und plädierte für Diskussionsfreiheit. Er ergänzte damit eine andere Analyse, die den Ursprung der ganzen Debatte im akademischen Milieu des Westens ortete (Jessen 2020). Aus israelischer Perspektive wiederum versuchte der Soziologe Natan Sznaider (2020) beide Narrative, Zionismus hier und postkoloniale Theorie dort, als partikuläre Sichtweisen zu charakterisieren, die gleichsam nach Drehbuch zusammenprallen müssen: Antisemitismus versus Rassismus.

All dem war eine andere, die deutsche Öffentlichkeit umtreibende kulturpolitische Auseinandersetzung ein Jahr früher vorangegangen. Es war die israelische Regierung des Jahres 2019 in Gestalt von Premier Netanyahu, die in einem bekannt gewordenen Brief an Kanzlerin Merkel gegen die Jerusalem-Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin protestierte, weil dort die Zentralität Jerusalems für das Judentum und den Staat Israel nicht gebührend gewürdigt worden sei – was in der Folge dazu führte, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland dem Direktor Peter Schäfer das Vertrauen entzog und ihn so zu seinem Rücktritt zwang: dulde er doch in der Akademie des Jüdischen Museums BDS-nahe Positionen. Die in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnte, 2005 von Palästinensern, die dem bewaffneten Kampf abgeschworen hatten, gegründete BDS-Bewegung, die an US-amerikanischen Campussen Furore macht, in Deutschland jedoch kaum Anhänger hat, wurde in dem Bundestagsbeschluss vom Mai des Jahres 2019 als antisemitisch bezeichnet.

Dem hielt im Oktober 2019 kein Geringerer als der Professor für Jüdische Geschichte an der Wake Forest University in North Carolina, Barry Trachtenberg (2019), entgegen, dass die Panik angesichts der BDS-Bewegung von der wirklichen antisemitischen Bedrohung durch Neonazis nur ablenke. All dies ereignete sich nach dem antisemitischen Anschlag von Halle, der zehn Tage vorher verübt worden war.

Ende März des Jahres 2021 verabschiedete nun zuallerletzt eine internationale Gruppe von etwa 110 namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – darunter sehr viele jüdische Koryphäen ihrer Fächer – eine »Jerusalem Declaration on Antisemitism« (jerusalemdeclaration.org), die präzise richtigstellte, welche Formen antiisraelischen Widerstands *nicht antisemitisch* sind, nämlich u.a.:

»12. [...] Den Zionismus als eine Form des Nationalismus zu kritisieren oder abzulehnen, oder für eine Vielzahl von konstitutionellen Regelungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer zu plädieren. Es ist nicht antisemitisch, Re-

gelingen zu unterstützen, die allen Bewohnern »zwischen dem Fluss und dem Meer« volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem Bundesstaat oder in welcher Form auch immer.

13. [...] Daher ist es, auch wenn es umstritten ist, an und für sich nicht antisemitisch, Israel mit anderen historischen Fällen zu vergleichen, einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind alltägliche, nicht gewaltsame Formen des politischen Protests gegen Staaten. In diesem Fall sind sie nicht an und für sich antisemitisch.«⁴

Indes: Selbst eine annäherungsweise Verwendung des Begriffs »Apartheid« für die Verhältnisse nicht im Kernland Israel, aber in der West Bank gilt in weiten Teilen der öffentlichen Debatte ebenfalls als antisemitisch.⁵ Mit Recht wird dabei darauf hingewiesen, dass weder im Zionismus noch in der israelischen Staatsdoktrin jemals von einer biologischen Minderwertigkeit der Araber die Rede war. Wie schon erwähnt, hat es auch ein System der wirtschaftlichen Ausbeutung wie in Südafrika im Mandatsgebiet oder in Israel nie gegeben. Ein wörtlicher Bezug auf die Anti-Apartheidskonvention, seit 1998 Teil des Völkerstrafrechts, ist schon deshalb umstritten, weil sie sich speziell gegen rassistische Diskriminierung richtet. Fasst man Apartheid aber weiter als politische, soziale und wirtschaftliche Dominanz – kombiniert mit Formen von Unterdrückung, Diskriminierung und Separation, die sich auch gegen anders

⁴ Englisch- oder französischsprachige Dokumente und Zitate habe ich der besseren Lesbarkeit halber ins Deutsche übersetzt; in der Regel wird der Originaltext in Fußnoten wiedergegeben.

»Israel and Palestine: examples that, on the face of it, are not antisemitic. [...]

12. [...] Criticizing or opposing Zionism as a form of nationalism, or arguing for a variety of constitutional arrangements for Jews and Palestinians in the area between the Jordan River and the Mediterranean. It is not antisemitic to support arrangements that accord full equality to all inhabitants »between the river and the sea« whether in two states, a binational state, unitary democratic state, federal state or in whatever form.

13. [...] Thus, even if contentious, it is not antisemitic, in and of itself, to compare Israel with other historical cases, including settler-colonialism or apartheid.

14. Boycott, divestment, and sanctions are commonplace, non violent forms of political protest against states. In the case they are not, in and of themselves, antisemitic.«

⁵ Einen kurzen, aber reichhaltigen Überblick über die kontrovers geführte internationale Debatte bietet gaz.wiki/wiki/de/Israel_and_apartheid.

als rassistisch definierte Großgruppen richtet –, dann kann man den Begriff sehr wohl auf die Zustände in der West Bank anwenden.

Die Darstellung dieses Streits und die Bewertung der in ihm vorgebrachten Positionen geschieht – einschließlich dieser Vorbemerkung – in insgesamt sieben Kapiteln. So geht es im *zweiten Kapitel* um eine genaue Darstellung, worum es sich bei der durch einen Bundestagsbeschluss für antisemitisch erklärten, gewaltfreien BDS-Bewegung überhaupt handelt. Das *dritte Kapitel* widmet sich der Vorgeschichte der aktuellen Auseinandersetzung, nämlich dem Streit um die Jerusalemausstellung des Jüdischen Museums Berlin. Darauf folgend geht das *vierte Kapitel* auf Person und Werk des – wie der Autor dieser Zeilen meint – zu Unrecht des Antisemitismus geziehenen Philosophen Achille Mbembe ein. Das *fünfte Kapitel* versucht dann eine Genealogie des modernen Rassismus bis hin zur antisemitischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten aus der Geschichte neuzeitlicher Sklaverei, während das *sechste Kapitel* zu rekonstruieren versucht, was »Zionismus« überhaupt ist und ob Behauptungen, er sei eine Spielart von »Kolonialismus«, zutreffen können. Das letzte *siebte Kapitel* erörtert abschließend, aus welchen – sogar im engeren Sinne religiösen Gründen – die postkoloniale Kritik an Israel und dem Zionismus die Debatte in Deutschland besonders heftig werden ließ.

Postskriptum

Just während der letzten Korrekturen an den Fahnen zu diesem Buch brach – beginnend mit dem Beschuss von Tel Aviv durch von der Hamas abgeschossene Raketen – ein weiterer der kaum noch zählbaren Kriege zwischen Israel und Palästinensern aus. Vor diesem Hintergrund erscheinen die in diesem Buch analysierten Formen einer Auseinandersetzung mit postkolonialer Zionismuskritik (siehe auch Krell 2021) in einem neuen, grellen Licht.

Auf jeden Fall hat sich mit diesem, am 10. Mai 2021 von der islamistischen Hamas begonnenen Raketenkrieg gegen israelische Städte – hegelianisch gesprochen – der Weltgeist einen besonders schlechten Scherz gestattet: Führte doch dieser Terror dazu, dass ausgerechnet in Deutschland, das voller Stolz 1.700 Jahre jüdischen Lebens feiern wollte, eine so noch nicht gekannte Welle antisemitischer Demonstrationen in Erscheinung trat.

In der Sache zu Recht beklagen humanitäre Organisationen die hohe Zahl ziviler Opfer, die die israelischen Luftschläge gegen die Infrastruktur der Hamas in Gaza forderten. Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Hamas diesen Waffengang bewusst gewollt und provoziert hat – wissend, dass die israelische Reaktion blutig sein würde und auch die Leben palästinensischer Kinder, Frauen und Männer in Gaza, aber auch in israelischen Städten fordern werde. So gesehen, liegt die zurechenbare Schuld an den getöteten Kindern, Frauen und Männern in Gaza eindeutig aufseiten der Hamas.

Aus einer funktionalistischen Beobachterperspektive ist indes festzustellen, dass die Hamas dem israelischen Premier Benjamin Netanyahu für seine Luftschläge ebenso dankbar sein kann wie Netanyahu der Hamas, haben doch deren Raketenangriffe ihm die Chance gegeben, trotz der gegen ihn von Staatsanwälten erhobenen Anklagen und anhaltender Proteste gegen seine Politik weiter im Amt zu bleiben. Zu Recht versah die liberale israelische Tageszeitung »Haaretz« am 21.5.2021 einen entsprechenden Beitrag des israelischen Autors Zvi Bar’El mit dem Titel »So wie die Hisbollah ein strategischer Aktivposten des Irans im Libanon ist, hat Israel die Hamas in Gaza.«¹ Daher lässt sich noch nicht ein-

¹ »Just as Hezbollah Is Iran’s Strategic Asset in Lebanon, Israel has Hamas in Gaza.«

mal ausschließen, dass es Netanyahu bewusst darauf abgesehen hatte, nicht nur die Palästinenser, sondern die muslimische Welt insgesamt zu provozieren.

So berichtet die New York Times vom 15. Mai 2021, dass der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin am »Jom ha Sikaron«, dem Tag der Erinnerung an die gefallenen Soldaten Israels – er fiel dieses Jahr auf den 13. April –, an der Klagemauer in Jerusalem eine Rede halten wollte und daher die israelische Polizei angewiesen wurde, in der ebenfalls auf dem Tempelberg befindlichen al-Aqsa-Moschee die Mikrofone abzuschalten. Und das am ersten Tag des Ramadan, der ebenfalls auf den 13. April fiel. Dass dies für eine strikt islamistische Partei wie die Hamas, die den Gazastreifen diktatorisch regiert, ein gefundenes Fresen war, ist leicht einzusehen.

Die Hamas ist seit ihrem Anbeginn eine im wörtlichen engen Sinne antisemitische Gruppierung, wie sich den folgenden Passagen ihrer ersten – inzwischen offiziell nicht mehr gültigen – »Charta« leicht entnehmen lässt. Dort heißt es: »Die Feinde haben lange Zeit gekonnt und präzise geplant, um das zu erreichen, was sie erreicht haben. Sie berücksichtigten die Ursachen, die den aktuellen Verlauf der Ereignisse beeinflussen. Sie bemühten sich, großen und substanziellen materiellen Reichtum anzuhäufen, den sie der Verwirklichung ihres Traums widmeten. Mit ihrem Geld übernahmen sie die Kontrolle über die Weltmedien, Nachrichtenagenturen, die Presse, Verlage, Rundfunkstationen und andere. Mit ihrem Geld haben sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt ausgelöst, um ihre Interessen zu verwirklichen und die Früchte darin zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution, der Kommunistischen Revolution und den meisten Revolutionen, von denen wir hier und da gehört haben und hören. Mit ihrem Geld gründeten sie Geheimbünde wie Freimaurer, den Rotary Club, den Lions Club und andere in verschiedenen Teilen der Welt, um Gesellschaften zu sabotieren und zionistische Interessen durchzusetzen. Mit ihrem Geld konnten sie imperialistische Länder kontrollieren und sie dazu anregen, viele Länder zu kolonisieren, damit sie ihre Ressourcen ausbeuten und dort Korruption verbreiten können.«²

² »For a long time, the enemies have been planning, skillfully and with precision, for the achievement of what they have attained. They took into consideration the causes affecting the current of events. They strived to amass great and substantive material wealth which they devoted to the realisation of their dream. With their money, they took control of the world media, news agen-

Heute gilt diese 1988 verabschiedete Charta offiziell nicht mehr – seit 2017 will sich die Hamas ein neues Grundsatzprogramm gegeben haben, das nur noch »antizionistisch« ist. Dieses neue (auffälligerweise im Netz nicht direkt zugängliche) Dokument enthält derlei strikt antisemitische Passagen nicht mehr, äußert sich aber zu Israel, dem Zionismus und den Juden wie folgt: »Das zionistische Projekt ist ein rassistisches, aggressives, koloniales und expansionistisches Projekt, das darauf basiert, das Eigentum anderer zu beschlagahmen. Es steht dem palästinensischen Volk und seinem Streben nach Freiheit, Befreiung, Rückkehr und Selbstbestimmung feindlich gegenüber. Das israelische Gebilde ist ein Spielzeug des zionistischen Projekts und die Basis seiner Aggression. [...] Das zionistische Projekt richtet sich nicht nur gegen das palästinensische Volk. Es ist auch der Feind der arabischen und islamischen Ummah und stellt eine ernsthafte Bedrohung für deren Sicherheit und Interessen dar. Auch steht es den Bestrebungen der Ummah nach Einheit, Renaissance und Befreiung feindlich gegenüber und war die Hauptursache für ihre Probleme. Damit stellt das zionistische Projekt auch eine Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden sowie für die Menschheit, ihre Interessen und Stabilität dar. [...] Die Hamas bekräftigt, dass ihr Konflikt dem zionistischen Projekt und nicht den Juden aufgrund ihrer Religion gilt. Die Hamas führt keinen Kampf gegen die Juden, weil sie Juden sind, sondern einen Kampf gegen die Zionisten, die Palästina besetzen. Sind es doch die Zionisten, die das Judentum und die Juden ständig mit ihrem eigenen Kolonialprojekt und ihrem illegalen Gebilde identifizieren. [...] Die Hamas lehnt die Verfolgung eines Menschen oder die Untergrabung seiner Rechte aus nationalistischen, religiösen oder sektiererischen Gründen ab. Die Hamas ist der Ansicht, dass das jüdische Problem, der Antisemitismus und die Verfolgung der Juden Phänomene sind, die grundsätzlich mit der europäischen Geschichte verbunden sind und nicht mit der Ge-

cies, the press, publishing houses, broadcasting stations, and others. With their money they stirred revolutions in various parts of the world with the purpose of achieving their interests and reaping the fruit therein. They were behind the French Revolution, the Communist revolution and most of the revolutions we heard and hear about, here and there. With their money they formed secret societies, such as Freemasons, Rotary Clubs, the Lions and others in different parts of the world for the purpose of sabotaging societies and achieving Zionist interests. With their money they were able to control imperialistic countries and instigate them to colonize many countries in order to enable them to exploit their resources and spread corruption there.« Hamas Covenant, 18. August 1988

schichte der Araber und Muslime oder deren Erbe. Die zionistische Bewegung, die mithilfe westlicher Mächte Palästina besetzen konnte, ist die gefährlichste Form der siedelnden Besatzung, einer Besatzung, die bereits aus weiten Teilen der Welt verschwunden ist und aus Palästina verschwinden muss.«³

Es fällt auf, dass die neue Charta von 2017 nicht den geringsten Hinweis darauf enthält, welche politische Form ein möglicher palästinensischer Staat annehmen, noch, was aus der jüdischen Bevölkerung des Landes werden soll. Deutlich ist auch in der erneuerten Charta nur, dass Hamas – anders als die PLO und Fatah – die Verträge von Oslo ablehnt. Im Unterschied zu den Positionen von Fatah und PLO lassen sich – soweit ersichtlich – bei der Hamas keine Ansätze für eine politische Lösung – sei es nun eine Zwei-Staaten-, eine Ein-Staaten- oder eine föderative Lösung erkennen.

Daher soll sich der Blick nun abschließend auf die Situation in diesem Lande, auf die Lage in Deutschland richten, das in der Tat ein in dieser massenhaften Form neuartiges Phänomen aufweist: offen antisemitische Demonstrationen sowie Angriffe auf Synagogen – Formen des Judenhasses, die bisher allenfalls am Rande der in diesem Jahr we-

³ Verweis in der taz vom 2.5.2017. »14. The Zionist project is a racist, aggressive, colonial and expansionist project based on seizing the properties of others; it is hostile to the Palestinian people and to their aspiration for freedom, liberation, return and self-determination. The Israeli entity is the plaything of the Zionist project and its base of aggression. 15. The Zionist project does not target the Palestinian people alone; it is the enemy of the Arab and Islamic Ummah posing a grave threat to its security and interests. It is also hostile to the Ummah's aspirations for unity, renaissance and liberation and has been the major source of its troubles. The Zionist project also poses a danger to international security and peace and to mankind and its interests and stability. 16. Hamas affirms that its conflict is with the Zionist project not with the Jews because of their religion. Hamas does not wage a struggle against the Jews because they are Jewish but wages a struggle against the Zionists who occupy Palestine. Yet, it is the Zionists who constantly identify Judaism and the Jews with their own colonial project and illegal entity. 17. Hamas rejects the persecution of any human being or the undermining of his or her rights on nationalist, religious or sectarian grounds. Hamas is of the view that the Jewish problem, anti-Semitism and the persecution of the Jews are phenomena fundamentally linked to European history and not to the history of the Arabs and the Muslims or to their heritage. The Zionist movement, which was able with the help of Western powers to occupy Palestine, is the most dangerous form of settlement occupation which has already disappeared from much of the world and must disappear from Palestine.«

gen Corona abgesagten Al-Quds-Demonstrationen zu vernehmen waren. Es war nicht zu übersehen, dass – keineswegs nur in Berlin – junge Männer und Frauen aus immigrationsreichen Familien der Türkei, aus Marokko, Palästina und Syrien deutlich überrepräsentiert waren. Es verwundert nicht, dass daraufhin in den deutschen Medien sowie in der Bundestagsdebatte vom 19. Mai 2021 eine lebhafte Diskussion darüber entbrannte, ob es sich bei alledem um eine Form von »importiertem«
Judenhass handele oder ob nicht doch – so jedenfalls die polizeiliche Kriminalstatistik – nach wie vor ein Bodensatz antisemitischer Haltungen sowie Delikte der eingeborenen deutschen Bevölkerung existiert, der das Ausmaß des in diesen Tagen gezeigten Antisemitismus bei Weitem übersteigt.

Zu dieser Frage liegen unterschiedliche Studien vor: So stellt eine allerdings bereits 2016 publizierte Studie von Sina Arnold und Jana König unter dem Titel »Flucht und Antisemitismus« (Arnold/König 2016) fest, dass die Mehrheit der (geflüchteten) Befragten kein geschlossen antisemitisches Weltbild vertritt, während etwa der »Berlin Monitor« der Universität Leipzig aus dem Jahre 2019 belegt, dass die Zustimmung zu israelbezogenen antisemitischen Meinungen bei Deutschen mit Migrationshintergrund signifikant höher ist als bei solchen ohne diesen Hintergrund. Entsprechend hat auch der niederländische Soziologieprofessor Ruud Koopmans laut FAZ vom 23.5.2021 Judenfeindlichkeit bei Muslimen und Christen in sechs europäischen Ländern untersucht und dabei herausgefunden, dass in Deutschland 10,5% der Christen, jedoch 28% der Muslime antisemitische Haltungen aufwiesen. In Österreich waren sogar 64,1% der Muslime sowie lediglich 10,7% der Christen der Überzeugung, dass man Juden nicht trauen könne. Auch eine Studie der »Anti-Defamation-League« aus dem Jahr 2019 über das einschlägige Meinungsklima in Deutschland ergab, dass 14% der befragten Christen, aber 49% der Muslime antisemitische Haltungen aufweisen. Gleichwohl überwiegen laut der Kriminalstatistik bei entsprechenden Straftaten bisher noch immer rechtsextreme Motive.

So stellt der erwähnte »Berlin Monitor« fest: »Das Bundesinnenministerium dokumentiert in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für 2018 einen Anstieg der antisemitisch motivierten Straftaten von knapp 20% im Vergleich zu 2017. Konkret wurden 2018 1.799 Fälle erfasst, die zu 89% als rechtsextrem motiviert qualifiziert wurden. Ein entsprechender Anstieg muss auch für Berlin festgestellt werden: Mit 324 antisemitischen Straftaten stieg deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 6%. Dabei war mit 253 Fällen der Großteil rechtsextrem motiviert, bei

49 Straftaten wurde von der Polizei eine ›ausländische Ideologie‹ und bei zwölf ›religiöse Ideologie‹ als Motiv ausgemacht. Die Motive von sieben Fällen wurden als ›links‹ und drei als ›nicht zuzuordnen‹ qualifiziert.« (Decker/Pickel/Reimer-Gordinskaya 2016: 50)

Allerdings: Besitzen die Befragten noch nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit, sind ihre Zustimmungsraten zu antisemitischen Aussagen sogar noch höher. Genau das aber beweist, dass sogar eher schwache Formen der Integration sich positiv auf das Nachlassen antisemitischer Haltungen auswirken. Auf jeden Fall unterscheidet sich der Judenhass alteingesessener Deutscher von dem von Migrant:innen oder Migrant:innenabkömmlingen aus dem Nahen oder Mittleren Osten dadurch, dass erstere sich minder auf den Palästina-Konflikt und den Staat Israel beziehen, sondern eher einem »Schlussstrich- oder Shoah-Antisemitismus« (Uffa Jensen) zuneigen.

Gleichwohl ist realistisch davon auszugehen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern – obwohl er objektiv und quantitativ keineswegs so bedeutsam ist wie die Unterdrückung der Uiguren durch China oder der mörderische Krieg des Militärs von Myanmar gegen die eigene Bevölkerung – die deutsche Öffentlichkeit und ihre Debatten auch in Zukunft massiv prägen wird. Dass und wie das sowohl mit der deutschen Geschichte als auch der christlichen Prägung dieses Landes zusammenhängt, wurde oben erläutert.

Am Beispiel der USA und ihrer akademischen Öffentlichkeit lässt sich zeigen, was auch Deutschland bevorstehen könnte. So hat der US-amerikanische Autor Kenneth Stern, Direktor des »Bard Center for the Study of Hate« kürzlich eine Studie vorgelegt (Stern 2020), in der er die Auseinandersetzungen zwischen proisraelischen und propalästinensischen Studierenden und Fakultätsangehörigen auf US-amerikanischen Campussen nachzeichnet. Vor dem Hintergrund hier nicht näher zu entfaltender, komplexer sozialpsychologischer Erklärungen kann Stern nachweisen, dass sowohl proisraelische als auch propalästinensische Studierende und Fakultätsmitglieder stets gute moralische Gründe aufweisen können, die jeweils andere Gruppe bis zur Forderung nach Sprech- und Äußerungsverboten abzulehnen. Motive, die Stern zunächst insofern anerkennt, als er es für richtig hält, dass Studierende überhaupt begründete Meinungen zu komplexen politischen und identitätsbezogenen Sachverhalten äußern – sofern sie bereit sind, ihre begründeten Meinungen öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Für Stern, der lange Zeit als Antisemitismus-Experte des American Jewish Committee (das er schließlich verließ) aktiv war, bedeutet dies

jedoch, dass die wechselseitige, oft beobachtbare Dämonisierung der jeweils anderen Seite scharf zu kritisieren ist. In diesem Zusammenhang stellt er Argumente vor, die auf den ersten Blick gegen eine postkoloniale Kritik an der Gründung des Staates Israel zu sprechen scheinen. So zitiert Stern aus einem Essay des Autors J. Pearl, der notiert, warum der Staat Israel einschließlich des ihm vorhergehenden Zionismus kein kolonialistisches Unternehmen im klassischen Sinne sei:

- Gebe es doch außer dem Zionismus keinen anderen Fall von Siedlung, der sich auf die *historische* Geburtslandschaft der siedelnden Gruppe beziehe;
- gebe es doch keinen anderen Fall weißer Siedler, die eine Sprache sprechen, die *vor* der gegenwärtigen Umgangssprache des besiedelten Landes gesprochen wurde;
- gebe es doch keinen anderen Fall von Siedlern, deren Fest- und Feiertage Ereignisse des Landes erinnern, *in* das sie gekommen sind – und nicht jenes, aus dem sie gekommen sind;
- gebe es doch keinen anderen Fall von Besiedlung, in dem die Namen von Orten nicht – wie etwa New York oder New Amsterdam – *nach Herkunftsorten* mit dem Präfix »Neu« etikettiert sind – sondern: Namen von Orten aus der Antike tragen;
- und gebe es doch keinen Fall von Siedlungsbewegungen, die ihre Siedlungspolitik unter *Bezug auf eine mehr als 80 Generationen zurückliegende* Geschichte mit all ihrer Dichtung, Prosa, täglichen Gebeten sowie weiteren Überlieferungen begründen. (Ebd.: 46f.)

So sehr dem – was die die Besiedlung begründende Theorie oder Ideologie betrifft – zuzustimmen ist, so wenig ändert das an der Form der seit Ende des 19. Jahrhunderts beginnenden zionistischen Landnahme – auch der Umstand nicht, dass es oft genug arabische Großgrundbesitzer waren, die ihre Ländereien so erkaufte haben, dass die späteren neuen Eigentümer die nicht grundbesitzenden Kleinbauern von ihren Parzellen vertreiben konnten.

Es waren ganz ähnliche Konfliktstrukturen, die zu jener Eskalation geführt haben, die Anlass für die mit der PLO konkurrierende Hamas war, Israel mit Raketen zu beschießen. Mit der Eroberung des Ostteils von Jerusalem durch israelische Truppen im Juni des Jahres 1967 fielen auch Häuser und Grundstücke unter israelische Herrschaft, in denen seit 1948 arabische Familien gewohnt hatten – Häuser und Grundstücke freilich, die vor 1948 von jüdischen Familien bewohnt wurden, die sie infolge des Krieges verlassen hatten: Der Name des Stadtteils lautete »Sheikh Jarrah«. Vergleichsweise früh nach der Eroberung im Jahr 1967

urteilten israelische Gerichte, dass arabische Familien diese Häuser zu verlassen hatten, sofern es jüdischen Anwärtern gelingen sollte, nachzuweisen, dass dort vor Beginn des Krieges jüdische Familien gelebt hatten. »medico international« berichtete am 12. Mai 2021 über die Angelegenheit: »Die Gerichte haben sich in diesen zehn Jahren auf die Seite der israelischen Ansprüche gestellt und zahlreiche Familien zwangsräumen lassen. Den letzten verbliebenen palästinensischen Familien wurde in der vergangenen Woche vom Gericht ein ›Kompromiss‹ angeboten: Sie konnten zustimmen, ihr Haus an einen Siedler zu übergeben, wenn die jeweiligen Familienältesten sterben, oder sie werden jetzt zwangsgeräumt. Sie weigerten sich. Das Gericht sollte eigentlich am 11. Mai eine endgültige Entscheidung fällen, entschied sich aber, dies bis zur zweiten Juniwoche zu verschieben. Das sollte der israelischen Polizei und Grenzpolizei Zeit verschaffen, die Proteste zu zerschlagen. Weiter wurde vermutlich gehofft, die internationale Gemeinschaft würde ihre Aufmerksamkeit zwischenzeitlich auf andere Probleme richten und abgelenkt sein.« (Whitman 2021)

Die mit diesen Vorgängen verbundene grundsätzliche Problematik, die weit über das Ungemach von Zwangsräumungen hinausgeht, besteht darin, dass – wie nicht zuletzt der oben erwähnte israelische Historiker Benny Morris nachgewiesen hat – während und nach dem Krieg von 1948 etwa 700.000 Palästinenser:innen aus jetzt zu Israel gehörigen Gebieten vertrieben wurden oder geflohen sind. Ein Umstand, der es der israelischen Gesetzgebung nach dem Krieg ermöglichte, eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die Grund und Boden abwesender – also geflohener oder vertriebener – Araber der ausschließlichen Verwaltung der israelischen Bodenentwicklungsbehörde zu unterstellen.

Bekannt wurde vor allem das 1950 erlassene »Absentees' Property Law«, das als »abwesende Besitzer« Personen definiert, »die – zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 29. November 1947 und dem Tag, an welchem eine Erklärung veröffentlicht wird – [...] Bürger Palästinas waren und ihren normalen Wohnsitz in der Absicht verlassen haben, a) vor dem 1. September 1948 außer Landes zu gehen, b) in den Teil Palästinas zu gehen, der von den Mächten besetzt ist, die die Gründung des Staates Israel verhindern wollen bzw. nach seiner Gründung gegen ihn zu kämpfen« (Lobel/Geries 1970: 118).

Im auch beim Schreiben dieser Zeilen noch aktuellen Konflikt um die Zwangsräumungen im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrah zeigt sich beispielhaft der letzte Grund des Palästinakonflikts: Der Streit um ein notwendigerweise knappes Gut, das nicht beliebig vermehrbar ist, nämlich

um Böden und Behausungen. Das Beharren der palästinensischen Seite auf einem – sogar von den Vereinten Nationen verbrieften und vererbaren – Rückkehrrecht der Vertriebenen und Geflüchteten von 1948 ist die Kehrseite dieses Konflikts, der während des nun einige Tage zurückliegenden Krieges zwischen Israel und der Hamas sogar das inzwischen halbwegs erträgliche Verhältnis zwischen jüdischen und nicht-jüdischen – christlichen und muslimischen – Bürger:innen Israels zu zerstören droht. Und das, obwohl während der letzten, noch andauernden Regierungskrise sogar israelische Rechtsparteien mit der Vereinten Arabischen Liste über eine mögliche Regierungsbildung verhandelt haben. Das 2018 verabschiedete israelische »Nationalstaatsgesetz« – das Arabisch als Amtssprache ausschloss – hat die Grundlagen des Zusammenlebens nachhaltig beschädigt. All das hat mit dazu beigetragen, dass es nach und während des Waffengangs zwischen der Hamas und Israel selbst zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern im israelischen Kernland und der Westbank kam.

Wie könnte dort eine erträgliche Zukunft aussehen? Als letzte Hoffnung bleibt eine minder bekannte soziologische Theorie, die – vermeintlich paradox – Integration durch Konflikt postuliert. Tatsächlich sind sich – allgemein gesprochen – Konfliktpartner näher als friedlich nebeneinander Herlebende, zudem finden sich in Israel/Palästina – mindestens in Israel – Menschen von beiden Seiten im Interesse einer gedeihlichen gemeinsamen Zukunft zusammen. Das heißt: Für das klassische, jedenfalls nicht kriegerische Nebeneinander steht noch immer die von fast allen anderen Mächten befürwortete »Zwei-Staaten-Lösung«, an die aufgrund der israelischen Siedlungspolitik tatsächlich niemand mehr glaubt.

Daher ist es höchste Zeit – auch für die deutsche Politik –, sich ehrlich zu machen: An die Stelle der nicht verwirklichtbaren »Zwei-Staaten-Lösung« wird und muss eine – wie etwa Omri Boehm vorschlägt – föderative Ein-Staaten-Lösung treten. In dieser Form könnte der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern durch die neuartige Form einer staatlichen Föderation seine Lösung finden.